



# Die Schweiz und die Häutungen Europas

Der Euro ist ein romantisches und gefährliches Projekt



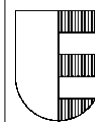
**22. November 1830.** Die Landbevölkerung kommt in Uster zusammen, um gegen die Herrschaft der städtischen Aristokratie zu demonstrieren.

Von Konrad Hummler, Uster

Dieser Tag mit der eindrucklichen Feier steht für eine Aufwallung freiheitlichen Gedankenguts, für das Aufbegehren gegen eine nicht gewählte Obrigkeit, für die Absage an eine veraltete Gesellschaftsordnung. Typischerweise erfolgen solche Geschehnisse in Zeiten der Krise. Also dann, wenn sich etwas entscheiden muss, wenn überreife, vielleicht bereits angefaulte Früchte vom Baum geschüttelt werden. 1830/31 war eine solche Zeit – die Gründung der modernen Eidgenossenschaft im Jahre 1848 war eine direkte Folge des Muts jener, die sich damals in Uster zusammengefunden hatten. Heute leben wir

mit Gewissheit wieder in einer Zeit weitreichender Entscheidungen. Die wesentliche Frage dabei ist allerdings, wie es um unser Denken, um unser Verhältnis zur Obrigkeit steht – zu welcher Obrigkeit übrigens? Jener in Zürich, in Bern, Brüssel oder jener am nächsten Konferenzort der G-20? Die Frage ist, inwieweit wir noch den Mut haben, uns gegen Trend und Zeitgeist zu stemmen. Prägt die Idee von Freiheit und Selbstbestimmung wirklich noch unser Denken und Handeln?

Schieben wir die Beantwortung dieser Frage auf den Schluss der Ansprache auf und wenden wir uns zunächst einer Auslegeordnung zu. Die Frage nach der Positionierung der Schweiz in der Welt



Basler Zeitung  
4002 Basel  
061/ 639 11 11  
www.baz.ch

Medienart: Print  
Medientyp: Tages- und Wochenpresse  
Auflage: 83'773  
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich



Themen-Nr.: 862.3  
Abo-Nr.: 1078561  
Seite: 2  
Fläche: 190'453 mm<sup>2</sup>

und innerhalb der instabil gewordenen Eurozone lässt sich nur beantworten, wenn man zugleich die EU der 27 Mitgliedsländer, den ganzen Kontinent Europa und dessen Rolle in der Welt einer gründlichen Lagebeurteilung unterzieht. Sämtliche Analysen der sich beschleunigenden Staatsschuldenkrise beziehungsweise der Destabilisierung von Eurozone und Europäischer Union greifen zu kurz, wenn sie nicht Bezug nehmen auf die wesentlichen Entwicklungen, welche die Welt als Gesamtheit über die letzten 20 Jahre vollzogen hat.

Zusammengefasst: Viele der bisherigen komparativen Vorteile der westlichen Industrienationen sind geschrumpft, haben sich eliminiert, haben ihre Bedeutung verloren oder sich gar ins Gegenteil verkehrt, sind zu Nachteilen geworden. So wurde, mit Blick in die fernere Vergangenheit gewiss zu Recht, die nunmehr während über 60 Jahren funktionierende Friedensordnung in Europa als die grösste Errungenschaft des Alten Kontinents betrachtet und gefeiert. Auf die Aufrechterhaltung der Friedensordnung bezieht sich denn auch die aktuelle Sinnfrage der Europäischen Union; wer immer Skepsis an deren Strukturen, schlimmer noch an deren Existenzberechtigung anmeldet, gerät auch unmittelbar in den Verdacht, den Wert der Friedensordnung infrage stellen zu wollen. Nun, wie immer man dies auch beurteilen will, eines wird immer deutlicher: Es gibt mittlerweile auch anderswo auf der Welt Zonen, wo Friede herrscht. Abgesehen von ein paar wenigen, von Halbvorrückten oder Ganzkriminellen regierten Ländern streben die meisten Weltregionen nach mehr Wohlstand und wissen um den Umstand, dass solches Gedeihen nur im Austausch mit friedlichen Mitteln möglich ist.

### Totgeschwiegener Widerspruch

Die Geschichte Europas wird in diesen Tagen und Wochen ganz bestimmt um einige Kapitel erweitert. Wer an die Europäische Union und ihre Institutionen glaubt, ist der Überzeugung, dass einmal mehr die Krise den Fortschritt

beflüge. Von «mehr Europa», von einem Zusammenrücken der Eurozone, von der «Bildung einer eigentlichen Bundesstaatlichkeit» ist die Rede. Widerspruch

## Die Massnahmen zur Rettung des Euro erweisen sich als Brandbeschleuniger.

wird entweder nicht geduldet oder totgeschwiegen. Das ist katastrophal, denn ob das Ziel von mehr «Einheit» und «Zusammenhalt» wirklich das richtige ist beziehungsweise ob am Ende die Friedensordnung – es ginge dann ja um deutlich mehr als lediglich den sozialen Frieden! – nicht durch solcherart Fortschritt mehr gefährdet würde als durch deutlich dezentralere Varianten: Diese Frage stellt sich in hohem Masse.

Das Projekt des Euro, nun selbst vom früher eher unskeptischen «Spiegel» als «romantisch» bezeichnet, weist auf die gefährlichen Folgen von zu viel Zentralismus in Europa hin. Im Gegensatz zu sehr vielen Programmen und Projekten der EU, bei denen zwar Mindeststandards und Musterverhaltensweisen definiert, aber kaum Entscheidungskompetenzen an die Zentrale delegiert wurden, scheint die Eurozone ganz offensichtlich um eine «Vertiefung» nicht herumzukommen. Vertiefung ist ein europäisches Wieselwort, das im Klartext auf eine Delegation der Kompetenzen an eine zentrale Instanz hinausläuft. Brüssel hat eine eigene, an «Neusprech» gemahnende, euphemistische Terminologie, deren Begriffe oft das Gegenteil dessen zum Ausdruck bringen, was sie zu bedeuten vorgeben. Die grossen Schwierigkeiten, denen sich die Eurozone heute ausgesetzt sieht, werden auf den Mangel an «Einheit» und «Zusammenhalt» in Fragen der Fiskal-, Steuer-, Sozial- und Wirtschaftspolitik zurückgeführt.

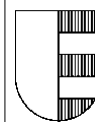
Wenn in all diesen Bereichen einheitlich hätte bestimmt und kontrolliert werden können, dann wäre die desaströse Schuldenanhäufung in verschiedenen Mitgliedsländern gar nicht erst

erfolgt, wird argumentiert. Folglich müsste die Eurozone «vertieft» werden. Begriffe wie «europäische Wirtschaftsregierung» oder «europäischer Finanzminister» finden neuerdings Verwendung. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass es unter dem Einfluss der Eurokrise nicht um «zwei Schritte nach vorn, einen Schritt zurück», sondern um einen regelrechten Galopp in Richtung Vereinheitlichung geht.

Was zurzeit an den, beziehungsweise besser: durch die Finanzmärkte vollzogen wird, ist einmalig und dramatisch. Das Staatsschuldenproblem beschränkt sich bei Weitem nicht mehr nur auf das insgesamt unbedeutende Griechenland, sondern hat nun auch «Kerneuropa» erfasst. Die Regierungen der Eurozone, bis anhin entschlossen, den Zahlungsausfall eines Mitgliedslandes sozusagen «à tout prix» zu verhindern, tun sich schwer damit, dass man im Markt diese Entschlossenheit nicht ernst nimmt. Seit über einem Jahr spricht die Eurozone von «Rettung», und genau seit diesem Zeitpunkt steigt die Konkurswahrscheinlichkeit unaufhaltsam, greift um sich – es findet de facto also genau jener Dominoeffekt statt, den man zu verhindern trachtete. Die Rettungsmassnahmen erweisen sich als Brandbeschleuniger.

### Euro-Rettungsschirm ist zu klein

Der Rettungsschirm EFSF (European Financial Stability Facility) ist auch in seiner aufgestockten Version von 780 Milliarden Euro zu klein, um als Bail-out-Vehikel wirklich glaubwürdig genug zu erscheinen und so die Konkurswahrscheinlichkeiten deutlich zu reduzieren. Die Eurozone suchte deshalb verzweifelt nach Auswegen, den EFSF zu vergrössern, ohne noch einmal und immer aussichtsloser bei den Mitgliedsländern anknöpfen zu müssen. So wurde die Idee einer Hebelung des EFSF lanciert. Nun, abgesehen von den rechtlichen Fragen, die sich bezüglich einer solchen Verwandlung des institutionell ohnehin schon wackligen



Basler Zeitung  
4002 Basel  
061/ 639 11 11  
www.baz.ch

Medienart: Print  
Medientyp: Tages- und Wochenpresse  
Auflage: 83'773  
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich



Themen-Nr.: 862.3  
Abo-Nr.: 1078561  
Seite: 2  
Fläche: 190'453 mm<sup>2</sup>

EFSF ergeben, stellen sich selbstverständlich vorab auch ökonomische Fragen. Das einzig halbwegs Positive, was über einen gehebelten EFSF gesagt werden kann: Er schafft fast unermesslich Liquidität und verschafft damit möglicherweise etwas Zeit. Im Übrigen wäre das Vehikel in dieser aufgeblasenen Version aber noch problematischer, als es der EFSF bereits ist: offen gegen «Maastricht» verstossend, den amerikanischen Immobilienvehikeln Fannie Mae oder Freddie Mac verdächtig ähnlich, illusorisch bezüglich der Erledigung von Sanierungsarbeiten, nie wieder loszuwerdende Hypothek einer institutionell schlecht verknüpften Garantengemeinschaft. Das Schlimmste aber: Diese Garanten sind zum Teil selber potenzielle Anspruchnehmer des Vehikels.

Der EFSF hat das institutionelle Potenzial, zur künftigen Treasury, das heisst, zum Schatzamt der Eurozone zu werden. Der EFSF hat aber auch das ökonomische Potenzial, zur finanziellen Grabstätte Europas zu werden. Die spezifischen Schuldenlasten einzelner Länder werden systematisch kollektiviert. Für mich stellt sich heute lediglich noch die Frage, ob die solchermaßen institutionalisierte Spirale in den roten Abgrund bereits in Athen oder erst in Rom oder gar in Paris zum Stillstand kommt.

### Drei Szenarien zur Zukunft Europas

Nüchtern betrachtet ergeben sich heute die folgenden Szenarien für die weitere Entwicklung in Europa:

- > Es gelingt, entgegen vielen Prognosen und mit viel propagandistischer Rhetorik, die Märkte und die europäischen Bürger doch noch von der Fortführung der «Rettung» zu überzeugen. Im Lichte überraschend positiver Konjunkturdaten beruhigen sich die Märkte; allen Unkenrufen zum Trotz überraschen die wackligen Länder Europas durch handfeste Resultate ernsthafter Sparanstrengungen.
- > Infolge von eintretender und nicht mehr aufzuhaltender Zahlungsunfähigkeit einzelner Mitgliedsländer ergibt sich eine Absetzbewegung aus der Eurozone. Dies kann entweder

«top-down» erfolgen, das heisst von den zahlungsfähigeren Staaten ausgehend, oder «bottom-up», indem sich die hoch verschuldeten Länder verabschieden. Die eine Variante, den Ausstieg intakter Mitgliedsländer nämlich, könnte man sich einigermaßen geordnet vorstellen; der Ausstieg oder Ausschluss fallender Staaten kann demgegenüber eigentlich nur chaotisch ablaufen.

- > Die Eurozone wird rasch zu einem zentral geführten Bundesstaat umgebaut. Deutschland saniert und befiehlt. Oder Deutschland saniert und Frankreich befiehlt. Subvariante: Die Governance folgt demokratischen Prinzipien. Der Rest der EU formiert sich neu.

So oder so: Europa wird, wie gesagt, um einige Kapitel in seiner Geschichte reicher. Im Übrigen aber vermutlich vor allem ärmer. Die Eurokrise dürfte einen deutlich negativen Wachstumseffekt nach sich ziehen. Weshalb? Weil gesellschaftliche und wirtschaftliche Unsicherheit risikofreudige Investitionen hemmt. Doppelte Risiken sind zu gefährlich. Wo aber die Investitionstätigkeit erlahmt, da wird auch der Rest der Wirtschaft stocken, allen Stimuli zum Trotz.

Ich komme nun zur Ausgangslage zurück. Unser Land, wirtschaftlich, politisch, aber auch durch unübersehbare persönliche Kontakte überaus eng mit dem europäischen Kontinent verbunden, institutionell aber selbstständig und bei Weitem demokratischer organisiert – welche Optionen stehen dem Land inmitten der auf absehbare Zeit krisengeschüttelten Eurozone offen? Ohne Zweifel wird es in verschiedener Hinsicht interessanter, möglicherweise aber auch gefährlicher werden. Die Möglichkeit, dass es künftig auf unse-

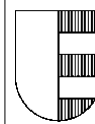
**Das EU-Beitrittsgesuch des Bundesrats von 1992 war ein Dolchstoss und ist nicht gesühnt.**

rem Kontinent verschiedene Europas mit sehr unterschiedlichem Vertiefungsgrad geben könnte, erweitert die aussenbeziehungsweise integrationspolitischen Handlungsvarianten. Aus der Blockade von EU-Beitrittsbefürwortern und ihren geharnischten Gegnern, überbrückt durch die pragmatische Politik mit den bilateralen Verträgen, könnte ein mehrmanualiges, registerreiches Instrument werden.

Innenpolitische Voraussetzung, auf ihm auch spielen zu können, wäre allerdings, dass das seit nunmehr 20 Jahren nicht ohne Grund vorhandene Misstrauen gegenüber Regierung, Verwaltung und «classe politique» bezüglich einer versteckten Beitrittsagenda ausgeräumt würde. Der Dolchstoss in den Rücken der seinerzeitigen EU-skeptischen EWR-Befürworter – vermutlich handelte es sich um die Mehrheit der Schweizer Bevölkerung; ich gehörte dazu – durch den Bundesrat und die Bundesverwaltung im Jahr 1992, als kurz vor der entscheidenden Europa-Abstimmung ein EU-Beitrittsgesuch aus dem Hut gezaubert wurde, ist weder sauber aufgearbeitet noch gesühnt. Der einzigartige Vormarsch der Schweizerischen Volkspartei (SVP) zulasten der früheren Mehrheitsführerinnen, der Freisinnig-Demokratischen Partei (FDP) und der Christlichdemokratische Volkspartei (CVP), beruht weitgehend auf dieser nicht eingestandenen und unausgeräumten Angelegenheit.

Mit Blick auf die verfahrenere, wenig appetitliche Situation in EU und Eurozone hiesse diese Aufarbeitung wohl, dem Anführer des Widerstands gegen den EU-Beitritt, Christoph Blocher, in dieser Sache endlich einmal recht zu geben. Das würde innenpolitisch einiges entkrampfen; der voraussichtlichen Genugtuung auf der einen Seite stände auf der anderen Seite die Möglichkeit entgegen, das bisher höchstens halbwegs glaubwürdig bewirtschaftete Europa-Dossier wieder in die Hand zu nehmen.

Ein gewisses Mass an Versöhnung in dieser Sache (wohlverstanden: Ich spreche über den verhinderten EU-Beitritt



Basler Zeitung  
4002 Basel  
061/ 639 11 11  
www.baz.ch

Medienart: Print  
Medientyp: Tages- und Wochenpresse  
Auflage: 83'773  
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich



Themen-Nr.: 862.3  
Abo-Nr.: 1078561  
Seite: 2  
Fläche: 190'453 mm<sup>2</sup>

und nicht über anderes, beispielsweise über Stilfragen im Migrationsdossier!) zwingt sich meines Erachtens auf. Denn es gilt nun, einen Anlauf für eine neue Europa-Strategie zu wagen. Es geht darum, an romantischen Integrationsgefühlen vorbei und unter ebenso klarer Verneinung der Vorstellung, man sei sozusagen alleine auf diesem Kontinent, zu einer Politik zu finden, die offen zur Dualität der Doktrin steht. Dualität in dem Sinne, dass sowohl Eigenständigkeit ohne Wenn und Aber als auch Zusammenarbeitsfähigkeit und -wille sich die Waage halten müssen. Wir müssen den «Deal» wagen.

### Schweiz ist keine «Vorzeignation»

Wenn künftig die Europafragen nicht mehr mit dem A-priori-Schuldbekenntnis der «Rosinenpickerei» angegangen werden, sondern mit durchaus selbstbewusstem «Welche unserer Prinzipien sind unverzichtbar?» sowie «Was brauchen wir?», dann hat unser Land endlich wieder zu jener Art des Umgangs gefunden, die auch von Mächtigeren verstanden wird. Allerdings: Eine solche duale Doktrin ist völlig unromantisch. Aber unromantisch war die Schweiz in ihren besten Zeiten ohnehin. Zu Unrecht wurde die Schweiz in den letzten Jahren zur «Vorzeignation» emporstilisiert. Dieser Anspruch und alle mit viel zu vielen Schweizerkreuzen gefeierte «Swissness» zielen an unserem wirklichen Wesen vorbei. Willensnation? Mich stört sogar der Ausdruck «Willensnation». Denn er ist historisch falsch. Die Schweiz ist bei Weitem mehr ein Zufallsprodukt der Geschichte, ein Glücksfall vielleicht, eine Fügung, wenn Sie so wollen, als das Resultat von Wille und Machbarkeit. Die Schweiz ist, was sie ist, und sie ist gut. Mehr nicht, bitte.

Wenn neuerdings vonseiten unverbesserlicher Euro-Turbos behauptet wird, die EU folge derzeit sozusagen dem Vorbild der Schweiz in der Bildung eines Bundesstaats, dann entspricht solches schlicht ungehöriger Geschichtsklitterei. Ein historisches Zufallsprodukt (oder eben: ein Glücksfall) kann kein

Vorbild sein. Und wer meint, einen bundesstaatlichen Zusammenschluss mittels eines expliziten Willensprozesses erreichen zu können, der irrt auf tragische Weise. Denn dieses Manöver wird anstatt bei freiem Willen im Zwang vorgehaltener Gewehrläufe enden. Die Schweizer wollten, wollen sich nicht unbedingt. Von Liebe zueinander kann schon gar nicht die Rede sein. Der Anspruch ist viel tiefer gestapelt, dafür umso ehrlicher: Wir passen zueinander. Wir ertragen einander. Zueinander passen, einander ertragen, das ist unsere Staatsidee, mehr wäre romantisch und damit gefährlich.

Allein eine betont nüchterne, Eigeninteressen weder verheimlichende noch verschmerzende, zur Zusammenarbeit befähigte und bereite Aussenpolitik führt die Schweiz durch die gefährlicher werdenden Häutungsphasen Europas, der EU und der Eurozone. Die Einheitswährung Euro, der «Spiegel» hatte recht, war ein romantisches Projekt. Es hat zu Verzerrungen geführt, die unabwendbar bereinigt werden müssen. Romantik und Selbstzerstörung waren schon immer ein gefährliches Paar. Vermutlich werden wir es in Zukunft mit verschiedenen Europas zu tun haben,

### Die Schweiz ist ein Zufallsprodukt der Geschichte und kein Vorbild für Europa.

sagte ich. Brüssel wird nicht mehr die alleinige Anlaufstelle sein. Die Möglichkeiten reichen von der Rückkehr zu einer mehr oder weniger losen Staatenvereinigung mit Freihandel und gewissen weiteren Gemeinsamkeiten über sich laufend ändernde, gefährlich unruhige Teilgebilde bis zur straff vereinigten und geführten Eurozone, in deren Herzen die ungeliebte Schweiz wie ein Stachel im Fleisch sitzt.

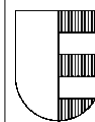
Was ich im Klartext fordere, ist eine von der Schweiz ausgehende Initiative zur Schaffung einer alternativen europäischen Assoziierungsmöglichkeit. So

offen, so global, so liberal wie nur möglich. Europa braucht einen Plan B. Als halbwegs unbeteiligte Beobachter und mit den Erfahrungen aus der Efta-Zeit Ausgerüstete sind wir in der Lage, einen konstruktiven Beitrag an das Gedeihen unseres Kontinents zu leisten. Dem bisher gepflegten Bilateralismus wohnte stets der Nachteil inne, dass er aus logischen Gründen in fernerer Zukunft doch einmal im Vollbeitritt enden würde. Daraus nährten und nähren sich nach wie vor die Zweifel an der Redlichkeit jener, die Bilateralismus predigen und Vollbeitritt meinen. Nachdem infolge der tektonischen Verschiebungen in Europa jenes ohnehin ausgeschlossen sein wird, gilt es, durch die beschriebene duale Doktrin, unter Einschluss einer vernünftigen Assoziierungsalternative,

### Ustertag oder Der Aufstand der Landschaft

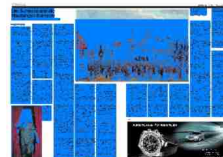
Zürich nach Napoleon, in der Zeit der Restauration: Die städtische Aristokratie hat die Herrschaft über die Landgebiete zurückerlangt. Diese hatte sie 1798 verloren, als die helvetische Revolution durchs Land fegte – 1814 installierte sie ihre alten Vorrechte wieder. Seither gärt es auf dem Land. Im Herbst 1830, nach der Pariser Julirevolution, erhebt sich die Bevölkerung. Am 22. November kommen in Uster gut 10'000 Personen zusammen, um friedlich gegen die Bevormundung durch die Stadt Zürich zu demonstrieren. Es ist ein Gründungsdatum der modernen Schweiz, die Zürcher Regenerationsepoche ist eingeleitet. Alljährlich wird in Uster dieses Ereignisses gedacht. Höhepunkt des Festakts ist die Rede eines prominenten Gastes, oft sind es Bundesräte oder Korpskommandanten, aber auch Professoren oder Unternehmer haben schon am Ustertag gesprochen. Dieses Jahr hielt Bankier und NZZ-Präsident Konrad Hummler die Festrede. Die Basler Zeitung druckt seine Ansprache in gekürzter Version. [ebn](#)

dieses helvetische Malaise zu durchbrechen. Wir müssen den «Deal» wagen. Mit Verhandlungsdelegationen, die eigentlich lieber auf der andern Seite des



Basler Zeitung  
4002 Basel  
061/ 639 11 11  
www.baz.ch

Medienart: Print  
Medientyp: Tages- und Wochenpresse  
Auflage: 83'773  
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich



Themen-Nr.: 862.3  
Abo-Nr.: 1078561  
Seite: 2  
Fläche: 190'453 mm<sup>2</sup>

Tisches süssen, kann man das nicht.  
Hier gilt es, Ordnung zu schaffen.

### Schweiz als mittlere Grossstadt

Zu Beginn stellte ich die Frage, ob unser Denken noch in genügendem Masse von der Idee von Freiheit und Selbstständigkeit geprägt sei. Nur eines. Ohne Richtschnur, ohne wertorientierten Kompass geht es in schwierigen, ja vermutlich gefährlichen Zeiten nicht. Unsere nüchterne Staatsidee, einander zu ertragen, hat viel mit selbstverständlicher Wahrnehmung von Freiheit und Verantwortung zu tun. Ich bin der festen Überzeugung: Wir kommen gar nicht darum herum, eine freiheitliche Verfassung weiterhin aufrechtzuerhalten und zu pflegen. Denn unser Benchmark ist nicht das alternde, strukturell sich selber strangulierende Europa. Wir müssen in der bei Weitem dynamischeren, jungen, zu mehr Wohlstand strebenden weiten Welt bestehen können. Im globalen Massstab ist die Schweiz eine mittlere Grossstadt. Leben wir doch das, was wir sind!

Aber was für eine Stadt haben wir doch: eine von weiten Grünflächen durchsetzte, mit wunderschönen Seen gezielte, mit einem reichhaltigen voralpinen Hinterland versehene, über einen stolzen Alpenkranz verfügende «Stadt» Schweiz. Hundertmal schöner als New York, Hongkong, Singapur und London zusammen. Kulturell reichhaltiger. Politisch stabil. Finanziell gut fundiert. Sicher. Integrationsfähig wie kein anderes Land, keine andere Grossstadt der Welt. Als freiheitlicher, selbstverwalteter, selbstbestimmender Metropolitanraum mitten in Europa hat die Schweiz eine Chance. Die Welt braucht Oasen der Sicherheit, der Beständigkeit, der Offenheit und der Freiheit. Die Welt braucht (auch) die Schweiz.



### Festredner.

Konrad Hummler ist Teilhaber der St. Galler Privatbank Wegelin und Präsident der «Neuen Zürcher Zeitung». Am Sonntag sprach er am Ustertag.

Foto ex-press